

Der deutsche Tabak-Arbeiter

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Erscheint Sonnabends, Redaktionsschluß Montage. Bezugspreis monatlich 40 A ohne Bringerlohn. Einzelnenpreis 35 A für die sechsheftige Millimeterzeile. Redaktion, Expedition, Verlag: Bremen, An der Welde 20. Tel. Domshöhe 207 80
Verantwortlicher Schriftleiter: P a u l B a i s h o e f t. Verantwortlich für die Anzeigen: B r u n o D i b i g s
Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband. Druck: Treuhändruderei J. H. Schmalfeldt & Co. Sämtlich in Bremen



Nummer 33

Bremen, 19. August

Jahrgang 1933

Volksgemeinschaft gegen Arbeitslosigkeit

Wir fragen uns oft: Warum war es den Regierungen des gestürzten Systems von 1918 nicht möglich, das furchtbare Gespenst der Arbeitslosigkeit zu bannen? Warum schlugen aber auch alle Versuche, wenn sie auch kläglich waren, so völlig in das Gegenteil um? Trotz der krampfhaftesten Bemühungen seitens der zahllosen Kabinette, mit denen wir vierzehn Jahre beglückt wurden, wuchs die Arbeitslosigkeit immer stärker an. Wir sehen wohl heute erst, da wir die Tatkraft der nationalsozialistischen Regierung vor Augen haben, wie unfähig und klein das verflozene liberalistisch-magistisches System gewesen ist. Doch genügt das allein noch nicht, um zu erklären, wie es möglich war, daß Deutschlands Arbeitslosenarmee bis zu sieben Millionen wuchs — obwohl die Regierenden immer wieder mit allen möglichen Mitteln (bzw. Mittelchen) krampfhaft die Entwicklung aufzuhalten versuchten.

Erwägen wir das alles: die Unfähigkeit, die Korruption, offenen Volkserrat — so bleibt uns nur die eine Erklärung: Jeder Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, selbst wäre er vom besten Willen getragen, muß scheitern, wenn er nicht vom ganzen Volke getragen wird. Und diese Erklärung trifft allein das Richtige — das beweisen die bisherigen Erfolge der nationalsozialistischen Regierung.

Deshalb war es das erste Bestreben Adolf Hitlers, ein einiges deutsches Volk zu schaffen. Darum wurde die deutsche Stammeszerissenheit beseitigt. Der Nationalsozialismus vernichtete den Klassenkampf, wo er ihn traf. Das blödsinnige deutsche Parteiwesen verschwand von der Bildfläche. Statt 37 Parteien (das war ja wohl der Rekord) gibt es nur eine Volksbewegung. Statt der Vielstaaterei entstand endlich das Deutsche Reich, das an die Spitze der Länder die Statthalter des Reiches gestellt hat.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist gleichbedeutend mit einem Krieg, der von einem Volk nur dann gewonnen werden kann, wenn es einig ist. Einig in seinen Ständen, einig in seinen Stämmen. Eine Niederlage in diesem unblutigen Kampfe wäre für das deutsche Volk schlimmer als eine verlorne Schlacht des Weltkrieges. Das Wort: „Niemand

wurde Deutschland überwunden, wenn es einig war“, ist nur zu wahr.

Die unvergeßlichen Augusttage des Jahres 1914 waren eine überwältigende Demonstration für den Gedanken der Volksgemeinschaft. Noch wenige Wochen vorher hätte kein Mensch es für möglich gehalten, daß das deutsche Volk bei seiner unfehligen Zerrissenheit jemals alle Schranken, die man künstlich in ihm aufgebaut hatte, niederwerfen würde. Klassenkampf und Standesvorurteil hatten unser Volk in Teile zerrissen, die scheinbar niemals wieder zusammenzufügen gingen. Wenn wirklich einzelne Männer von bestem Willen beseelt waren — eine Flut von Haß, bösem Willen und Unverständnis erstickte alle Versuche, Volksgenossen mit Volksgenossen zu vereinigen.

Allen Erwartungen seiner inneren und äußeren Feinde zum Trotz raffte sich das deutsche Volk zu einem Bekenntnis zur Volksgemeinschaft auf, wie es einzigartig in der deutschen Geschichte dastand. Volkswerräterische Hezzer und bornierterster Unverständnis brachten es fertig, daß diese Volksgemeinschaft zerbrach. Mit dem Tage jener elenden Revolte von

Der Hitler-Gruß ist der deutsche Gruß!

Die Anordnung des Reichsinnenministers über die Erhebung des Hitler-Grußes zum deutschen Gruß ist geeignet, die innere Verbundenheit des deutschen Volkes immer enger zu gestalten. Durch die Anordnung wird jeder Zweifel darüber behoben, wie sich der einzelne bei öffentlichen Demonstrationen, bei dem Singen des Horst-Wessel-Liedes usw. zu verhalten hat. Viele lehnten es aus innerer Opposition gegen den neuen Staat ab, die Hand zum Hitler-Gruß zu erheben, viele auch aus Dummheit und Taktlosigkeit. Nun sind die nationalsozialistischen Symbole zu Symbolen des Staates geworden. Damit sollten alle Meinungsverschiedenheiten in der Öffentlichkeit über den Hitler-Gruß beseitigt sein. Der Hitler-Gruß ist der deutsche Gruß!

1918 hatte auch die Volksgemeinschaft der Front, die Frontkameradschaft zwischen Volksgenossen aller Stände ein Ende gefunden. Erst der Nationalsozialismus hat den Gedanken der Volksgemeinschaft bewußt aufgenommen und siegreich verwirklicht.

So, wie 1914 das deutsche Volk erwachte, als es die Größe der Gefahr erkannte und sich wie ein Mann erhob, so hat es sich jetzt wieder zusammengefunden, um gegen den furchtbaren Feind, der alles Leben zu ersticken droht, gegen die Arbeitslosigkeit, den Kampf aufzunehmen und durchzuführen. Der Nationalsozialismus weiß aus der Geschichte zu lernen. Er wird nicht den Fehler des kaiserlichen Regimes begehen. Seine Feinde mögen diese Hoffnungen ruhig fahren lassen.

Die Volksgemeinschaft, die Adolf Hitler geschmiedet hat, wird niemals wieder zerbrechen.

Sie wird immer fester zusammenschweißen. Die Deutsche Arbeitsfront hat das große Erziehungswerk übernommen, aus Arbeitern, Angestellten und Unternehmern das Deutsche Arbeitertum zu formen. Jeder Angehörige dieser gewaltigen Front muß sich als Glied einer großen Armee fühlen, die den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit aufgenommen hat.

Wer im Kriege seinen Vorgesetzten als den Feind betrachtete, war ein Verräter und gehörte mit Recht vor ein Kriegsgericht. Ein deutscher Arbeiter, der heute immer noch im Unternehmer den Feind sieht, ist nicht besser. Der Feind, die Arbeitslosigkeit, frißt beide!

Der Unternehmer, der sich jetzt noch dünnelhaft für etwas Besseres hält als seine Mitarbeiter, ist ein schlechter Offizier und sabotiert den Sieg genau so wie einst das hochnäßige Stappenschwein.

Schon sind die ersten Gefechte gegen die Arbeitslosigkeit siegreich bestanden. Die Riesenkundgebungen des Deutschen Arbeitertums in allen Gauen sind die Mobilmachung des geeinten deutschen Volkes. Die Volksgemeinschaft muß siegen und wird siegen!

Hans Biellas

Leiter des Presseamts der Deutschen Arbeitsfront

NSBO. und gelbe Verbände

In einer Abhandlung über „wirtschaftliche Vereinigungen“, die aus dem Ausschuß für Sozialpolitik der NSBO. stammt, wird folgendes ausgeführt: „Durch das Rundschreiben des Reichsarbeitsministers vom 18. April 1933, sowie durch die Verordnung vom 12. Mai 1933, sind weitere Arbeitnehmervereinigungen, die, ebenso wie die Stahlhelm-Selbsthilfe, wirtschaftsfriedlichen Charakter haben, als wirtschaftliche Vereinigungen anerkannt worden. Bei dieser Regelung ist die NSBO. zusammen mit wirtschaftsfriedlichen (gelben) Verbänden in einer Form genannt worden, die geeignet ist, Verwirrung anzurichten. Es muß in aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß die NSBO. mit wirtschaftsfriedlichen (gelben) Verbänden nichts zu tun hat und auch nichts zu tun haben will. Die gelben Verbände haben in der Geschichte der deutschen Arbeiterschaft keinen guten Ruf. Sie sind der organisierten Arbeiterschaft bei ihren Kämpfen um bessere Arbeits- und Lohnbedingungen immer in den Rücken gefallen. Der Nationalsozialismus will, wie er durch seine Aktion bewiesen hat, die Gewerkschaften als reine, von Arbeitgeberseite völlig unabhängige Arbeitnehmerorganisationen, erhalten. Mit den gelben Verbänden hat die NSBO. nichts gemein.“

Gegen Ueberstunden

und Unterschreitung der Tarif-Mindestlöhne

Der Treuhänder der Arbeit für den Bezirk Schlesien, die Deutsche Arbeitsfront, sowie die Zentralstelle der Schlesi-schen Arbeitgeberverbände erlassen einen gemeinsamen Aufruf, in dem festgestellt wird, daß die Ueberstundenarbeit immer noch nicht die im Interesse des Arbeitsmarktes erforderliche Einschränkung erfahren hat. Die erwähnten Verbände fordern, daß die Ueberstundenarbeit soweit betriebstechnisch irgend durchführbar, mit sofortiger Wirkung aufhört, damit dadurch eine weitere und vor allem fühlbare Entlastung des Stellenmarktes eintritt.

Es wird weiter festgestellt, daß die Tarif-Mindestgehälter und -löhne da und dort noch unterschritten werden. Tarifwidrige Vereinbarungen, die eine Unterschreitung der normativen Bestimmungen der Tarifverträge zum Inhalt haben, sind rechtsungültig und verstoßen gegen den Grundsatz der Tarifvertragstreue. Die Verbände fordern, daß im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zur Unterstützung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung, zur Hebung der Kauf- und Konsumkraft, zur Beseitigung gegenseitiger Schmutzkonkurrenz die tariflich festgesetzten Mindestlöhne und -gehälter in voller Höhe zu zahlen sind. Gegebenenfalls sind die vor-enthaltenen Lohn- und Gehaltsbeträge im Rahmen der Tarifbestimmungen sofort nachzuzahlen. Firmen, die nachweisbar nicht in der Lage sind, die vereinbarten Mindestlöhne und Gehälter zu zahlen, werden hiermit an den Treuhänder der Arbeit verwiesen.

NSBO.-Mitglieder müssen Mitglieder der Verbände sein

Es besteht die Verpflichtung, daß auch sämtliche NSBO.-Mitglieder (Pgg. und Sympathisierende) Mitglieder der entsprechenden Arbeiter- oder Angestellten-Verbände der Deutschen Arbeitsfront sein müssen.

Das nationalsozialistische Deutschland kennt in Zukunft keine unorganisierten Arbeitnehmer und Arbeitgeber mehr. Die gegebene Organisation hierfür ist die Deutsche Arbeitsfront. Daher haben alle NSBO.-Mitglieder nach und nach ihre Mitgliedschaft bei den entsprechenden Arbeiter- und Angestellten-Verbänden der Deutschen Arbeitsfront anzumelden. Sie

werden dort, sofern sie nicht als Verbands-Amtswalter eingesetzt werden, genau wie die anderen als einfache Mitglieder geführt. Sie haben daher auch wie die anderen Verbandsmitglieder die Anweisungen der Verbandsdienststellen, soweit es sich um reine Verbands-Angelegenheiten handelt, zu befolgen.

Kein NSBO.-Mitglied darf sich weigern, Mitglied eines Verbandes der Deutschen Arbeitsfront zu werden.

gez. M u c h o w
(Aus Anweisung 7/33 der Deutschen Arbeitsfront.)

Das wertvollste Kapital ist die Arbeiterschaft

Dr. Ley an die Unternehmer

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, sprach in Dortmund in einer großen Versammlung der NSBO. in der Westfalenhalle. Man müsse zugeben, daß sich das Arbeitsverhältnis in Deutschland gewaltig gebessert habe. Heute gilt ein Wort irgendeines Betriebszellenobmanns in einem Betriebe tausendmal mehr, als vorher ein Tarifgalt. Dem Volke imponiere ein Führer, der die Verantwortung tragen will, sonst nichts. An die Unternehmer richtete Dr. Ley den Appell, nicht zu glauben, daß ein Betrieb profitieren könne und große Gewinne abwerfe, wenn er eine knecht-

selige Arbeiterschaft habe. Das wertvollste Kapital, das ein Betrieb überhaupt habe, seien nicht die Maschinen und das Geld, sondern der Arbeitsmensch. Die deutschen Unternehmer sollten die Verantwortung tragen, denn das stimme mit dem Führerprinzip überein und mit der absoluten Verantwortung des nationalsozialistischen Staates. Der Staat werde täglich und stündlich den Unternehmer fragen: Was hast du gemacht aus dem Pfund, das dir die Nation zur Verwaltung übergeben hat? Hast du es verwirtschaftet, dann gehörst du nicht an den Platz und hast im neuen Deutschland keinen Raum.

Wirtschaftsnachrichten

Der Aufschwung der Industriewirtschaft

ssw. Im neuen Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung werden die Besserungsercheinungen, die infolge der durchgreifenden Maßnahmen der Reichsregierung die deutsche Industriewirtschaft gegenwärtig aufzeigt, zusammengefaßt. Es heißt hier:

1. Von August vorigen Jahres, dem tiefsten Stand der industriellen Tätigkeit, bis zur Mitte dieses Jahres, hat sich die monatliche Gütererzeugung (Bruttowerte nach Preisen des Jahres 1928) um rund 800 Millionen Reichsmark gehoben.

2. Die Zahl der beschäftigten Industriearbeiter ist gegenwärtig wohl um rund eine halbe Million größer als vor einem Jahr.

3. Die Investitionstätigkeit hat um die Jahresmitte ungefähr den Stand wieder erreicht, den sie Mitte 1931, unmittelbar vor Ausbruch der Kreditkrise, innegehabt hatte. Die Inlandsversorgung mit Walzisen war im Mai und Juni wieder ebenso groß wie in den entsprechenden Monaten des Jahres 1931; auch die Inlandsbestellungen von Maschinen nähern sich dem Stand von Mitte 1931. Während die Bauerlaubnisse und Baubeginne für öffentliche und gewerbliche Gebäude noch beträchtlich unter den Vergleichszahlen für 1931 liegen, übersteigen sie im Wohnungsbau dem damaligen Stand beträchtlich. Insgesamt dürfte der scharfe Einbruch der Investitionstätigkeit, der durch die Bankenkrise hervorgerufen wurde, nunmehr zum größten Teil überwunden sein.

Weizenvermahlungszwang 1933/34 —
Mindestens 97 Prozent Inlandsquote

ssw. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat durch Verordnung vom 6. August 1933 die Neuregelung des Weizenvermahlungszwanges für das gesamte laufende Getreidewirtschaftsjahr 1933/34 getroffen. Es wird bestimmt, daß die Mühlen für die Zeit vom 16. August 1933 bis 15. August 1934 mindestens je 97 Prozent Inlandsweizen vermahlen müssen, so daß höchstens 3 Prozent Auslandsweizen dem Mehl beige-mischt werden dürfen. Nur in dem Fall, daß die Mühlen Auslandsweizen in Form von Austauschweizen vermahlen, ermäßigt sich der Vermahlungssatz für Inlandsweizen auf 70 Prozent.

Was wird aus den Bauernhelfern im Winter?

Der Plan der Reichsregierung, städtische Arbeitslose als Bauernhelfer auf das Land zu schicken, die sogenannte Bauernhilfe, hat in den wenigen Monaten ihres Bestehens einen unerwartet großen Erfolg gehabt. Aus öffentlichen Mitteln werden bekanntlich die Reisekosten dieser Bauernhelfer getragen und der aufnehmenden Bauernfamilie, der die Arbeitskraft dieser jungen Menschen gegen Kost und Logis zur Verfügung steht, ein Verpflegungszuschuß in Höhe von 25 RM. erstattet. An Stelle der ursprünglich vorgesehenen Zahl von 60 000 konnten bisher bereits 200 000 Bauernhelfer und -helferinnen vermittelt werden, so daß die Frage, was aus ihnen im Winter wird, wenn die sommerliche Hochflut landwirtschaftlicher Arbeit wieder ver-

Ehestandsdarlehen

zur Behebung der wirtschaftlichen und völkischen Krise

Mit der Gewährung von Ehestandsdarlehen hat die Regierung Hitler einen Weg beschritten, der bisher noch von keiner anderen Staatsgewalt begangen worden ist. Es ist daher begreiflich, wenn manche Volksgenossen dieser neuartigen Aktion zur Behebung der wirtschaftlichen und völkischen Krise zweifelnd gegenüberstehen. In aller Eile werden sie aber einsehen müssen, daß der Erfolg auf Seite der Regierung ist.

Die Zahl der heiratsreifen und heiratswilligen Volksgenossen und Volksgenossinnen geht in die Hunderttausende. Aber nur wenige können in den Ehestand treten, weil den meisten die Mittel zur Einrichtung eines eigenen Heims fehlen. Wohl sind einige Sparmark vorhanden, die Anschaffung der erforderlichen Möbel, Küchengeräte, Gardinen und der vielen anderen Gegenstände, die in eine Wohnung gehören, wenn sie wohnlich sein soll, kosten, trotz des Preisrückganges in den letzten Jahren, doch viel mehr, als die beiden Heiratslustigen sich sparen konnten. Infolgedessen bleiben sie ledig oder der Hochzeitstag wird immer wieder hinausgeschoben, von einem Vierteljahr zum anderen Vierteljahr.

Wenn neue Haushaltungen gegründet werden, herrscht Nachfrage nach neuen Wohnungen, nach Möbeln und sonstigen Einrichtungsgegenständen und viele Männer und Frauen, die sonst erwerbslos auf der Straße liegen, finden wieder einen Wirkungskreis.

Ferner: wenn eine Volksgenossin, die bisher irgendwo gegen Lohn beschäftigt

war, heiratet, wird deren Arbeitsstelle frei und eine andere, bisher brachliegende Arbeitskraft kann eingestellt werden. Das Reich, die Länder und Gemeinden sparen die Arbeitslosenunterstützung für diesen Mann, denn es sollen zunächst möglichst nur männliche Arbeitskräfte eingestellt werden.

Die Reichsregierung gewährt, entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, jungen Leuten, die heiraten möchten, aber ohne die erforderlichen Mittel zur Einrichtung eines eigenen Heimes sind, unverzinsliche Ehestandsdarlehen bis zu tausend Mark. Erste Voraussetzung für die Gewährung ist, daß die künftige Ehefrau den Arbeitsmarkt entlastet, das heißt, die Frau muß bisher eine Arbeitsstelle innegehabt haben und diese nun freimachen, damit ein Arbeitsloser eingestellt werden kann.

Das Aufkommen an Ehestandshilfe beträgt jährlich 220 Millionen Mark. Davon stehen 160 Millionen zur Gewährung der Ehestandsdarlehen zur Verfügung. Diese Summe reicht für etwa 300 000 Ehestandsdarlehen. Nehmen wir an, daß unter den 300 000 Mädchen sich 100 000 befinden, die auch heiraten würden, wenn sie kein Ehestandsdarlehen erhalten, so bleiben 200 000, die durch ihre Verheiratung zu einer zusätzlichen Entlastung des Arbeitsmarktes um jährlich 200 000 Arbeitskräfte führen. Dazu kommt die mittelbare Entlastung des Arbeitsmarktes, diese ergibt sich aus der Belebung der Arbeit in der Möbelindustrie, Hausgeräteindustrie, Baumwirtschaft und in

anderen Gewerbegruppen und beträgt etwa 200 000 Mann. Hier ist die Entlastung nur einmalig, weil die 200 000 Mann immer für ein Jahr Arbeit haben in Auswirkung der 200 000 Ehen, die in dem Jahre mehr geschlossen werden. Im zweiten Jahre haben sie Arbeit aus den zweiten, im dritten aus den dritten 200 000 Ehen, und so fort.

Die Entlastung des Arbeitsmarktes wird in Auswirkung des Gesetzes über die Ehestandsdarlehen innerhalb des ersten Jahres rund 400 000 Arbeitskräfte und innerhalb jedes weiteren Jahres je 200 000 betragen. Nach Ablauf des Vierjahresplanes der Reichsregierung der nationalsozialistischen Revolution wird sich die Zahl der Arbeitslosen allein in Auswirkung unseres Gesetzes zur Förderung der Eheschließungen um mindestens eine Million vermindert haben.

*

Ermäßigung der Ehestandsdarlehen bei Geburten

Das Gesetz schreibt vor, daß das Ehestandsdarlehen in monatlichen Beträgen von 1 Prozent des ursprünglichen Darlehensbetrages zurückzuzahlen ist. Es wird indessen kaum ein Ehepaar geben, welches das Darlehen voll zurückzahlen wird, denn es ermäßigt sich bei der Geburt jedes in der Ehe lebend geborenen Kindes um 25 Prozent des ursprünglichen Betrages.

Eine weitere wichtige Bestimmung ist die, daß nach der Geburt jedes Kindes die Rückzahlung der Ehestandsdarlehen auf

Die Leute vom Althof

Erzählung aus einem Thüringer Walddorf von Elisabeth Wolf

51

Schon oft hatte ich bemerkt, daß Mandé sehr auf Male aufpaßte, daß sich das Mädchen jedoch gegen sie auflehnte und seinen eigenen Weg ging. Ich gedachte des kurzen Gespräches mit dem Sohn der Althoferin, das wir am Begräbnistage geführt. Damals wollte er mir Males Schicksal erzählen, warum sie im Althof lebe. Doch kam er nicht dazu. Ob ich wohl Mandé einmal danach fragen könnte? Aber bei ihrer Schwerhörigkeit war das nicht leicht; wie oft hatte ich schon eine gänzlich falsche Antwort auf eine Frage erhalten.

Schritte ertönten im Garten, näherten sich, und die Haustür wurde geöffnet. Ich sprang auf, denn es schien ein Fremder zu sein, der so spät am Abend den Weg zum Althof suchte.

„Wer da?“ fragte ich, denn der Hausflur wurde nicht viel heller vom Zimmerlicht.

„Ich bin es, Werner!“ Der Haus- und Fabrikbesitzer stand im Flur. Ich ließ ihn eintreten und bot ihm einen Stuhl an. Was mochte ihn zu später Abendstunde in den Althof führen?

Er schien nicht weiter darüber erstaunt, Mandé vorzufinden, sondern trat sofort auf sie zu, ihr kräftig die Hand schüttelnd:

„Na, Mandé, da sind wir ja wieder? Na, ja! Vom Althof trennt sich keiner so leicht, da muß schon Freund Tod kommen. Aber es ist auch gut, daß du hier bist, Da spare ich mir den Weg nach Wiebach.“

Er machte eine kurze Pause, während er die in dem Schaffstiesel versteckte Pfeife hervorholte.

„Ist's erlaubt, Fräulein?“ wandte er sich an mich. Ich nickte, und während er umständlich die Pfeife in Brand setzte, betrachtete ich ihn genauer. Er war mittelgroß; in Gesicht und Kleidung verriet er den ehrlichen, einfachen Menschen, als den ich ihn auch im Handeln kennengelernt hatte. Weder in seiner Fabrik noch außerhalb derselben kehrte er die

Herrenseite heraus, und eben diese Eigenschaft war es, die ihn überall beliebt und geachtet machte. In vielen Handlungen legte er unbewußt ein feines Taktgefühl an den Tag, trotzdem war er dem derben Humor, der den Walddemohnern eigen ist, nicht abhold. Er war eben in seinem Kreise am richtigen Platze, und hätte man ihn irgendwo in einer Stadt in einer Fabrik mit vielen Maschinen und Menschen als Leiter angestellt, er wäre wohl nur ein Zerrbild von dem geworden, was er hier war. Er wurzelte fest in der Heimat Erde, und sein zäher Fleiß galt dem Werk, das er von seinem Vater übernommen hatte. Was ihm fehlte, war wohl nur eine tüchtige Hausfrau. Warum er wohl noch nicht geheiratet hatte? Er war doch kein Jüngling mehr.

Während ich so meine Betrachtung über Werner anstellte, unterhielt er sich mit Mandé. Der Tabakrauch dehnte sich im warmen Zimmer, und jedem Fremden boten wir drei Menschen wohl das Bild größter Ruhe und Behaglichkeit.

„Sagen Sie, Herr Werner, ist Ihnen Male begegnet?“ fragte ich, als ein Schweigen eintrat.

die Dauer von zwölf Monaten unterbrochen werden darf.

*

Nun die Bilanz

Die Gewährung von Ehestandsdarlehen hat für das Volk und Reich folgende großen praktischen Folgen:

1. Erhöhung der Zahl der Eheschließungen um jährlich 200 000.
2. Verminderung der Arbeitslosigkeit um 400 000 im ersten Jahr und 200 000 in jedem weiteren Jahr.
3. Entlastung der Arbeitslosenfürsorge um 200 Millionen Mark im ersten Jahr, um 300 Millionen Mark im zweiten Jahr, um 400 Millionen Mark im dritten Jahr, und so fort.
4. Verbesserung der Aufkommensumme an Steuern und Abgaben auf die Dauer um rund 100 Millionen Mark jährlich.
5. Belebung fast aller Zweige der deutschen Wirtschaft, insbesondere der Möbelindustrie, der Hausgeräteindustrie, der Textilindustrie, der Bauwirtschaft und des Güterverkehrs.

Das Gesetz über die Ehestandsdarlehen bringt uns auf den Gebieten der Wirtschaft, Bevölkerungs- und Staatspolitik ein großes Stück nach vorwärts. Es ist dem Gedanken des Dienstes am deutschen Volk und an dessen Zukunft entsprungen.

*

Ehestandsdarlehen

auch an Arbeitslose und Verheiratete

Die Gewährung eines Ehestandsdarlehen war bisher u. a. davon abhängig, daß die künftige Ehefrau in der Zeit zwischen dem 1. Juni 1931 und dem 31. Mai 1933 mindestens sechs Monate lang in einem Arbeitnehmerverhältnis gestanden hat und sich verpflichtete, eine Tätigkeit als Arbeitnehmerin solange nicht wieder aufzunehmen, als der künftige Ehemann monatlich mehr als 125 M Arbeitslohn bezieht und das Ehestandsdarlehen nicht restlos getilgt ist.

Nun sind dem Schöpfer des Ehestandsdarlehen, Staatssekretär Reinhardt, zahlreiche Briefe von deutschen Mädchen zugegangen, die berichten, daß auch sie gern heiraten möchten, das Ehestandsdarlehen jedoch nicht erhalten könnten, weil sie entweder bereits länger als zwei Jahre arbeitslos seien oder schon einige Monate vor dem Inkrafttreten des Gesetzes über Förderung der Eheschließungen geheiratet hätten. Der künftige Ehemann sei vorhanden, es fehle jedoch an den Mitteln zur Beschaffung einer Wohnungseinrichtung.

Die Wünsche dieser jungen Mädchen werden erfüllt durch eine zweite Durchführungsvorschrift über die Gewährung von Ehestandsdarlehen. In dieser wird bestimmt, daß Ehestandsdarlehen auch dann gewährt werden, wenn das mindestens sechsmonatige Arbeitnehmerverhältnis der künftigen Ehefrau ganz oder teilweise in die Zeit zwischen dem 1. Juni 1928 und dem 31. Mai 1933 fällt.

Die Voraussetzung für die Gewährung eines Ehestandsdarlehen ist auch dann gegeben, wenn die Ehe in der Zeit vom 1. Juni 1932 und 3. Juni 1933 geschlossen

worden ist, die Ehefrau noch in einem Arbeitnehmerverhältnis steht, das bereits mindestens sechs Monate währt, und dieses Arbeitnehmerverhältnis vor der Auszahlung des beantragten Ehestandsdarlehen aufgibt.

Die Gewährung eines Ehestandsdarlehen wird verweigert, wenn einer der beiden Ehegatten zur Zeit der Antragstellung an Infektionskrankheiten oder sonstigen das Leben bedrohenden Krankheiten leidet. Das Nichtvorhandensein solcher Krankheiten muß durch das Zeugnis eines beamteten Arztes bestätigt werden. Die Untersuchung und die Ausstellung der Zeugnisse sind für die Ehegatten kostenfrei.

Mit dieser Ergänzung des Gesetzes über Ehestandsdarlehen kommt die Reichsregierung den Wünschen vieler Zehntausende oder auch Hunderttausende junger Menschenpaare entgegen. Es ist diesen jetzt die Möglichkeit gegeben, den schon längst ersehnten Schritt in den Ehestand zu machen oder neue Einrichtungsgegenstände für die bereits vorhandene Wohnung anzuschaffen.

Geburtenträge der Großstädte

KVR. In der ersten Sitzung des Sachverständigenbeirates für Bevölkerungs- und Rassenpolitik hat Reichsinnenminister Dr. Frick darauf hingewiesen, daß das bisherige liberalistische Wirtschaftssystem zur Verstädterung und Industrialisierung Deutschlands und damit zu einem Zerstückelungsprozeß geführt habe, der unser Volk an den Rand des Abgrundes brachte. Mit der sinkenden Bedeutung des Familienlebens sei nach und nach auch der Wille zum Kinde ertötet worden, und mit der Umgestaltung des häuslichen Familienlebens habe der Mann in seiner Frau nicht mehr die Mutter seiner Kinder, sondern nur den Lebenskameraden

gesehen und sich infolgedessen bemüht, sein Dasein und das seiner Angehörigen so angenehm wie nur möglich zu gestalten.

Nach Auffassung der überholten, liberalistisch eingestellten Zeit ist durchaus begreiflich, daß es sich angenehmer leben läßt, wenn ein Familienvater nur für zwei Kinder oder nur für ein Kind zu sorgen hat, zumal er früher die gleichen Steuern zahlen mußte wie das Oberhaupt einer zahlreichen Familie. Begreiflich auch, wenn man sich von dem auf diese Weise Ersparten ein nettes Wochenendhaus oder ein eigenes Auto leisten kann, jedoch unverantwortlich eigenmächtig gedacht.

„Nein, Fräulein; sie ist fort?“

„Ja!“

„Na, so ein Geschöpf!“ polterte er los.

„Wo ist sie denn hin?“

„Zum Freier, hat sie gesagt“, gab Mande Auskunft.

„Ja, ja! Wenn's die Mädels erst mit der Liebe zu tun haben, dann ist kein Halten mehr.“

Ich mußte über diese Weisheit aus Werners Mund herzlich lachen.

„Haben Sie es nicht auch so gemacht?“ fragte er mich.

„I wo! So etwas kenne ich gar nicht!“ lachte ich.

Er drohte mit dem Finger: „Na, na!“

„Wo ist Male zu Hause?“ fragte ich.

„Nirgends“, war Werners Antwort.

„Ich verstehe Ihre Antwort nicht ganz, Herr Werner. Als die Althoferin gestorben war, sagte mir Herr Liz, Male hätte im Althof Heimatrecht. Er wollte mir den Zusammenhang erzählen, aber er wurde durch Besuche von Verwandten davon abgehalten.“

Ich stockte, und Werner schien dies zu bemerken.

„Na, ich kann es Ihnen auch erzählen, 's ist halt nicht für alle Ohren bestimmt, aber Ihnen traue ich schon zu, daß Sie nicht darüber weiterreden.“

Er stopfte die Pfeife nochmals fester, zog kräftig, legte sich behaglicher in dem Stuhl zurück und begann:

„Sie wissen doch, was Zigeuner sind? Es ziehen im Sommer immer eine Menge hier durch; manche bleiben auch da und geben Vorstellungen. Da haben sie Tanzbären und dressierte Affen; na, Sie kennen so etwas ja auch. Solche Bande war auch mal einen ganzen Sommer hier, scheußliches, diebisches Gesindel. Aber eine war darunter, ein hübsches Weib, ein Spiegelaffe, in das war ein junger Bursche aus der Fabrik verliebt. Im Herbst zog die Gesellschaft weg; ich war froh, denn es gab viele Händel zu schlichten mit ihnen. Eines Tages, es war bald wieder Sommer, erhielt ich aus einer weit entfernten Stadt einen Brief vom Gericht. Darin stand, daß dort im Spital ein Zigeunerweib ein Mädchel geboren habe, dessen Vater der junge Bursche aus der Fabrik sei. Die Zigeunerin sei plötzlich verschwunden, hätte aber das Würm-

chen zurückgelassen. Nun sollte die Gemeinde für die Unkosten und die Erziehung des Kindes aufkommen. Mein Vater, der Gemeindevorstand war, hat fürchterlich getobt und dem Burschen eine gehörige Tracht Prügel verabfolgt. Nachher habe ich ihn nochmals vorgenommen und ihm gesagt:

„Fritz Uhl! Schäme dich! Du willst ein Mann sein? Bist hinter den Ohren kaum trocken geworden, da machst du gleich solche Dummheiten. Jetzt ziehe ich dir jede Woche vom Lohn einen Taler ab, weil ich das Geld in die Stadt schicken muß, wo das Kind im Waisenhaus erzogen wird.“

Nachher, als mein Vater gestorben war und Fritz Uhl zum Militär kam, habe ich das Kind geholt, die Stadterziehung und das bißel Essen, was so ein Wurm im Waisenhaus erhält, das ist doch nichts. Bei Mutter Liz im Althof war Platz genug, und Mande war auch da. Gerade Mande hatte das Mädchel sehr gern, nachdem ihr Junge davongelaufen war. Na, man sieht ja nun, der Apfel fällt nicht weit vom Stamm, das Mädchel ist Male.“ Werner tat erneut kräftige Züge aus

Es ist richtig, daß zwischen Einkommen und Familie eine gewisse Korrelation besteht und daß die Lebensmittelhaltung einer Familie in der Großstadt, insbesondere in Berlin, erhöhte Anforderungen stellt. Damit jedoch wäre noch nicht das Mißverhältnis erklärt, das zwischen der Kinderzahl in den Großstädten und in den Kleinstädten bei gleichem Einkommen überaus auffällig ist. Es läßt auf eine wesentlich geringere Opferwilligkeit des Großstädtlers gegenüber dem Kleinstädter und gegenüber dem Landbewohner schließen. Wir müssen uns endlich darüber klar sein und uns dessen voll bewußt werden, daß Nachwuchsaufzucht Dienst am Volke bedeutet und daß von ihr der weitere Fortbestand und der Aufstieg unserer Nation abhängt. Es geht nicht mehr an, daß der Großstädtler, weil ihm sein eigenes augenblickliches Wohlergehen mehr am Herzen liegt, seine Verpflichtungen gegenüber der Allgemeinheit eigennützig vernachlässigt.

Es ist aber nicht nur das zweifellos übersteigerte Luxusbedürfnis des Großstädtlers, soweit er durch sein Einkommen einigermaßen sorglos und gesichert gestellt ist, in der Nachwuchsfrage von Bedeutung. Einem weiteren Einwand bei der Erörterung dieses Problems begegnet man bei jungen Eheleuten, die gern darauf hinweisen, daß sie überhaupt nicht genug Einkommen hätten, um Kinder aufziehen zu können. Das scheint recht einleuchtend zu klingen, ist aber nicht unbedingt mit den Tatsachen zu vereinen. Wenn wir uns einmal eine Aufstellung betrachten, die die Höhe des Einkommens zur Zahl der Kinder auf je hundert Verheiratete in Beziehung bringt, so ergibt sich für das Jahr 1925 im Reichsdurchschnitt folgendes:

Es kamen auf je hundert Verheiratete bei einem Einkommen:	
bis 1500 M	160 Kinder
über 1500 M bis 3000 M	174 "
" 3000 M " 5000 M	164 "

über 5000 M bis 8000 M	152 Kinder
" 8000 M " 12000 M	144 "
" 12000 M " 16000 M	142 "
" 16000 M " 25000 M	141 "
" 25000 M " 50000 M	142 "
" 50000 M	148 "

Daraus ist ersichtlich, daß die Kinderzahl bei kleinem Einkommen immer noch erheblich über der Kinderzahl bei hohem Einkommen liegt. Dies gilt aber wohl-gemerkt nur für den Reichsdurchschnitt. Wenn man die Großstädte allein betrachtet, ergeben sich sofort ganz andere Ziffern, und zwar findet man bei niedrigem Einkommen bis zur Grenze von 1500 M nur 96 Kinder, dann aber steigt die Kinderzahl stetig mit dem Einkommen bis auf 140. In ihrem Höchstbetrag bleibt sie trotzdem noch unter dem niedrigsten Reichsdurchschnitt, der 141 Kinder auf 100 Verheiratete aufweist.

Im großen und ganzen zeigen die Mittelstädte einen ähnlichen Verlauf wie die Großstädte, nur daß hier die Gesamtspanne kleiner ist und der Durchschnittswert höher liegt. Hier haben wir bei den kleinsten Einkommen 129, bei den höchsten 157 Kinder auf je 100 Verheiratete. Die kleinen Gemeinden, also das Land, weisen bei Einkommen bis zu 1500 M 176 Kinder auf, also fast die doppelte Anzahl wie bei den gleichen Einkommen in den Großstädten, bei Einkommen bis zu 3000 M 199 Kinder, bei Einkommen über 50 000

Mark nur 164 Kinder auf. Der Verlauf entspricht hier durchaus dem Reichsdurchschnitt, aber die Einzelzahl liegt nicht unbedeutlich über ihm.

Aus diesen Zahlen eine Lehre zu ziehen ist leicht. Die Lehre ist aber recht bitter und für diese Bevölkerung der Großstädte in keiner Weise schmeichelhaft. In den kleinen Städten und auf dem Lande glaubt eine Familie mit höchstens 1500 M Einkommen 1,76 Kinder durchbringen zu können, in den Großstädten nur 0,96, in der Reichshauptstadt Berlin gar nur 0,75 Kinder. Verständlicher ausgedrückt: es kommen in Berlin auf vier Ehen drei Kinder, im Durchschnitt der Großstädte fast auf jede Ehe ein Kind, in den Kleinstädten und auf dem Lande dagegen auf vier Ehen sieben Kinder. Bei den höheren Einkommen bis 3000 M gestatten sich die Kleinstädte und das Land schon fast zwei Kinder auf eine Ehe, die Großstädte etwa sieben auf vier Ehen, die Reichshauptstadt nur wenig mehr als ein Kind auf eine Ehe.

Zur Bekämpfung solcher Geburten-trägheit plant der Staat zielbewußt auch einen Umbau der gesamten Gesetzgebung auf bevölkerungspolitischen Gebiete, um eine Verminderung der Lasten für Minderwertige und Sozialer auf der einen Seite und gleichzeitig weitblickende Vorsorge für die noch nicht geborenen gefunden Kinder unseres Volkes zu erreichen. Dr. U.

Rationalisierung

Daß im nationalsozialistischen Staat der Rationalisierung Grenzen gezogen werden, ergibt sich aus der Durchführungsverordnung vom 28. Juni 1933 zu den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung. In dieser findet sich die Vorschrift, daß nach wie vor die Gewährung von Darlehen und Zuschüssen von bestimmten Qualitäten der vorgeschriebenen Art abhängig gemacht wird. Diese

Arbeiten sollen durch menschliche Arbeitskräfte ausgeführt werden, jedoch unter dem Vorbehalt, daß maschinelle Hilfsmittel nicht unerlässlich sind und keine wesentliche Verteuerung eintritt.

Es wird also auch in dieser Durchführungsverordnung der durchaus richtige Standpunkt vertreten, daß die Maschine nicht Herr, sondern Diener des Menschen sein soll. Rationalisierung

seiner Pfeife und blickte zu Wande hinüber, die während seiner Rede eingeschlafen war. Da ich nicht sofort eine Antwort fand, fuhr er leiser als zuvor fort:

„Ich wollte gerade mit Male heute sprechen. Sie soll sich irgendwo bei einem Bauer Arbeit suchen; ich kann sie nicht mehr in der Fabrik brauchen; sie leistet nichts und verdreht den jungen Burschen die Köpfe. Außerdem brauche ich das Zimmer hier. Und da komme ich gleich zu dem, was ich Ihnen, Fräulein, sagen wollte. Ich lasse das Haus hier jetzt etwas herrichten; oben hinein zieht dann der Meister Schuch und seine Tochter Frieda, das eine kleine Zimmer erhalten Sie, ich lasse es Ihnen recht schön machen. Die unteren Räume bezieht der Maler Rehbein und seine Familie.“

„Aber, was wird aus Wande?“ fragte ich.

„Sie kann nach Kassel zu ihrem Sohn. Gerade heute bekam ich Bescheid und wollte ihn ihr morgen überbringen. Der Junge ist lange in Rußland gewesen, hat geheiratet und ist in Kassel jetzt Fuhrkutscher. Er scheint noch ein ganz ordent-

licher Mensch geworden zu sein und schreibt selbst, daß er seine Mutter nach dort haben möchte. Na, hoffentlich geht alles gut weiter.“

— — Bald danach ging Werner wieder. Nach kurzer Weile kehrte Male zurück, warf unwirsch den Mantel von sich und kramte in einem ihrer vielen Kästen, die unter dem Bett standen, herum. Sie setzte sich — ohne auch nur ein Wort zu sprechen — an den Tisch und — legte Karten. Das Haar fiel ihr wirr ins Gesicht, die Bluse hing unordentlich an ihr herum, Hände und Gesicht redeten von mangelhaftem Gebrauch des reinigenden Wassers. Sie murmelte, während sie sonderbare Handbewegungen ausführte, halblaut vor sich hin und gewährte mir das Bild einer echten Kartenschlägerin, das mich überaus belustigte. Sie blickte durch mein Lachen auf.

Ein Schleier war für mich von vielem gefallen. Ich hörte wieder die leise Stimme des Sohnes der Althoferin, nachdem er mir am Tage vor seiner Abreise die grüne Base mit der Rose geschenkt hatte: „Wenn die erzählen könnte.“ Wohl hatte sie geschwiegen, aber ihre Geschichte

mußte ich nun doch. Ich stieg hinunter in mein Zimmer, wo sie auf dem Eckbrett stand, grüßte ihr zu und dachte: oben in der neuen Klausel soll sie einen ganz besonderen Ehrenplatz erhalten.

— — Der Wintertag war kurz, ich brannte bereits Licht, als der Schlitten vor der Fabrik läutend vorfuhr und Viktoritz in die Weihnachtsferien heimbrachte. Werner, der unruhig schon mehrmals aufgestanden war, sprang auf und lief hinaus, die Tür hinter sich zuwerfend. Draußen erklang eine kräftige Knabenstimme, dann Werners tiefer Bass in kurzer freudiger Begrüßung, dann entfernten sich die Schritte und es wurde still. Eine halbe Stunde vergang, da kam das Mädchen, welches Werner die Wirtschaft führte, zu mir:

„Fräulein, der Herr läßt Sie zum Kaffee bitten. Sie möchten die Arbeit für heute beenden und gleich die Arbeitsräume abschließen.“

Ich nickte und stieg bald danach hinauf zur Wohnung Werners, die über den Arbeitsräumen lag. Als ich in den Flur trat, hörte ich schon Viktor lebhaft erzählen, auf mein Anklopfen hin unterbrach er

heißt Vorherrschaft des Verstandes bei Behandlung von Problemen wirtschaftlicher Natur. Es hat auch schon früher eine Rationalisierung gegeben, allerdings unter anderen Bezeichnungen. Die Maßnahmen, durch die Friedrich der Große die Wirtschaft des durch den Siebenjährigen Krieg erschöpften Preußen wieder beleben wollte, wurden unter dem Begriff Dekonomisierung zusammengefaßt. Die Umstellung des deutschen Handwerks auf industrielle Fertigungsweisen seit Anfang des 19. Jahrhunderts nannte man Industrialisierung.

Jeder schaffende Volksgenosse ließt den „Deutschen“

die Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront, der NSBO., der Angestelltenschaft und der volksverbundenen Selbständigen im Wirtschaftsleben

Herausgeber Dr. Robert Ley
zu beziehen durch die Post

Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit versteht unter Rationalisierung „die Erfassung und Anwendung aller Mittel, die Technik und planmäßige Ordnung zur Hebung der Wirtschaftlichkeit bieten“.

Das Ziel einer gesunden Rationalisierung ist die Steigerung des Volkswohlfühls durch Verbilligung, Vermehrung und Verbesserung der Güter. Hierzu ist in allen beteiligten Kreisen Gemeinschaftsarbeit erforderlich. Die Rationalisierung darf stets nur so weit gehen, als sie notwendig ist, um nach der jeweiligen Lebensweise die Bedürfnisse der Menschen voll zu befriedigen.

sich und rief laut: „Bitte eintreten!“ Mir den Rücken zugewandt, saß am Tisch der Bohnküche ein großer blonder Junge, der schon jetzt die Größe seines Vaters erreicht hatte. Er drehte den Kopf um, ich sah in zwei lebhaften, blauen Kinderäugen, in ein frisches Jungengesicht. Als Werner mich vorstellte, stand er auf und reichte mir wohlherzogen die Hand. Dann aber sprach er tapfer dem Kuchen weiter zu und erzählte ebenso eifrig wie vorher. Werner stand mit glücklichem Gesicht, die Hände in den Taschen des Ueberrockes, die Pfeife im Mund, am Tisch und vergaß beim Anblick seines prächtigen Jungen selber das Essen. Dann fragte er mich:

„Nun, wie finden Sie ihn, Fräulein?“ Er wollte offenbar von mir daselbe hören, was er selbst empfand, und ich antwortete ohne Bedenken:

„Wie einen richtigen Jungen! Hunger hat er auch!“ Der Bub und der Vater lachten herzlich, ich schloß mich an. Mit rührender Sorgfalt versorgte Werner seine Gäste, nötigte immer wieder und ahrt, als der Junge schon langsamer zu greife. Als dessen Mundwerk dann für eine Minute stillstand, erzählte er ihm

Rationalisierungsmaßnahmen, die zu einer Kostenersparnis unter Freisetzung von Arbeitskräften führen, müssen auf jeden Fall unterbunden werden. Es muß auch darauf hingearbeitet werden, daß derartige Maßnahmen, die zum Ersatz männlicher durch weibliche Arbeitskräfte geführt haben, korrigiert werden. Niemals darf der Arbeiter durch die Maschine, der hochqualifizierte Handwerker durch einen ungelerten Arbeiter oder etwa durch die bisher billigste Arbeitskraft, die Frau, ersetzt werden.

Ohne Maschinen werden wir natürlich nicht auskommen, wir würden dadurch in den Urzustand zurückfallen. Die Maschine soll aber lediglich dazu dienen, dem Handarbeiter die Arbeit zu erleichtern und freudiger zu gestalten.

Die richtige Erkenntnis dieser Dinge wird im Sinne der Durchführungsverordnung vom 28. Juni 1933 zu den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung unserer Arbeiterschaft zum Segen gereichen. v. S o d e n b e r g.

Beschränkung gesundheitschädigender Frauenarbeit

Ein Erlaß des Preussischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit befaßt sich mit der Fernhaltung der gewerblichen Arbeiterinnen von solchen Beschäftigungen, zu denen sie, wie das amtliche Schreiben hervorhebt, ihrer Natur nach nicht geeignet sind. Mit Rücksicht auf die besondere Schutzbedürftigkeit der Frau und ihre größere Gefährdung durch Fabrikarbeit sind nach wie vor alle Beschäftigungen zu vermeiden, die den Grundfähigkeiten des Arbeiterinnenschutzes widersprechen. Der Minister weist in diesem Zusammenhang auf die bereits früher ergangenen Erlasse über die Beschäftigung von Frauen und Mädchen hin, so mit ungeeigneten Arbeiten in der Porzellan- und Steingutindustrie, in Kork-, Porzellan-, Glas- und Eisenhütten,

Deutschland!

Die gewaltigen Aufgaben der Zukunft werden nur gelöst durch Dienst- und Pflichterfüllung, und damit geht die große Kampfbewegung des deutschen Volkes in ein neues Stadium ein. Wir wissen, daß das Dritte Reich nur sein kann ein Reich der Ueberwindung von Klaffen, und es wird dies nur sein, wenn die Menschen dazu erzogen werden. Wir sind einer Farbe und sind Kameraden. Alle müssen lernen, in dem Volksgenossen den Kameraden und Bruder zu sehen und aus uns herauszureißen die Ueberlieferung der Vergangenheit, die uns auseinanderbrachte. Wir wollen hier am Fuße dieses Denkmals das feierliche Bekenntnis ablegen, daß keine Macht der Welt uns trennt. Das ist das Band, das uns alle umfaßt, der Geist, der uns alle beseelt und den wir nennen: Deutschland.

(Adolf Hitler am 16. Juli in Leipzig)

bei Transportarbeiten aller Art, wie Verladen von Koks, Briquets und Ziegelsteinen, die vermieden werden müssen, soll der weibliche Arbeitnehmer vor aller Schädigung seines Frauen- und Muttertums bewahrt bleiben. Im Einvernehmen mit dem Reichsinnenminister weist der Preussische Minister für Wirtschaft und Arbeit die Regierungspräsidenten erneut an, die Gewerbebeamten zu besonderer Beachtung der Bestimmungen des Arbeiterinnenschutzes anzuhalten und alle ungeeignete, gesundheitschädigende Beschäftigung von Arbeiterinnen zu unterbinden. Unbillige Härten für solche Arbeiterinnen, die allein stehen oder als Ernährer einer Familie fungieren, sollen dabei selbstverständlich vermieden werden.

vom Tod der Großmutter, vom Fortgang Mandes, vom spurlosen Verschwinden Males und sonst von allem was in den letzten Wochen geschehen war. Der Junge musterte mich aufmerksam, dehnte sich behaglich und meinte zu seinem Vater: „Das Fräulein gefällt mir.“ Auf dieses Urteil mußte ich ja ordentlich stolz sein, wir lachten wieder und schlossen so in dieser ersten Stunde ein derbfrisches Freundschaftsbündnis. — — Weihnachten kam, ich lebte viel mit dem Fabrikherrn und seinem Jungen zusammen. Wir schnallten die Schneeschuhe unter und fuhren zu Dritt hinaus in den prächtigen Winterwald. Am Abend saßen wir in Werners Wohnung, musizierten oder betrachteten Bilder, die Werner gemalt. Unter ihnen fand sich der Kopf eines schönen Mädchens. Als es vor mir lag, beugte sich Viktor zu mir nieder und flüsterte mir leise ins Ohr:

„Das wird mal noch meine Mutter.“ „Wer ist es denn,“ fragte ich ebenso zurück.

„Magdalene Schuch, eine Kunstgewerberin in München,“ antwortete er, schlug dann aber sofort die Zeichnung um, als

er bemerkte, daß sein Vater aufmerksam wurde. Als ich später meiner Klause zustrebte, trat mir das Bild wieder vor Augen. „Kunstgewerberin?“ Das war dann doch eine Stadtdame und Maler Rehbein hatte mir doch erst kürzlich gesagt, daß Werner keine Stadtdame hätte heiraten wollen. „Schuch?“ so hieß doch der alte Meister in der Fabrik, aber dies Zusammentreffen der Namen war wohl nur Zufall. Weder Meister Schuch, noch seine Tochter Frieda hatten die geringste Ähnlichkeit mit jener Magdalene, die ich auf dem Bilde gesehen hatte. Woher wußte Viktor, daß diese noch einmal seine Mutter würde und weshalb wandte er das Blatt so eilig um, als sein Vater aufmerksam wurde?

— — Es waren herzerquickende Tage, die Ferien des Viktor Lik, aber dennoch war es gut, daß die gemeinsamen Fahrten und gemütlichen Abende ihr Ende nahmen und Viktor Anfang Januar mit dem läutenden Schlitten zum Tore hinausfuhr. Wir hatten den Dorfbewohnern schon hinreichend genug Stoff zum Austausch von allerlei Vermutungen damit gegeben. — — (Fortsetzung folgt.)

ebbt ist, von besonderer Bedeutung wird. Aufschlussreich sind hier die Ausführungen, die der Präsident des Landesarbeitsamtes Westfalen, Dr. Ordemann, auf einer Konferenz der maßgebenden Behördenvertreter über die Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Westfalen machte, aus denen hervorging, daß der größte Teil der vermittelten Bauernhelfer auch während des Winters in der Landwirtschaft beschäftigt bleiben wird. Auf einen unerfreulichen Mißstand, der sobald wie möglich abgestellt werden sollte, mußte noch hingewiesen werden. Die Erleichterungen für die Beschäftigung von Hausgehilfinnen hat vielfach dazu geführt, daß Landmädchen in verstärktem Maße in die Großstädte gingen, während Großstadtmädchen unter Anwendung erheblicher öffentlicher Mittel als Bauernhelferinnen aufs Land vermittelt wurden. Es braucht nicht betont zu werden, daß eine solche Handhabung dem Sinn der Bauernhilfe in der stärksten Weise zuwiderläuft.

Arbeitslosigkeit nach Wirtschaftsgebieten

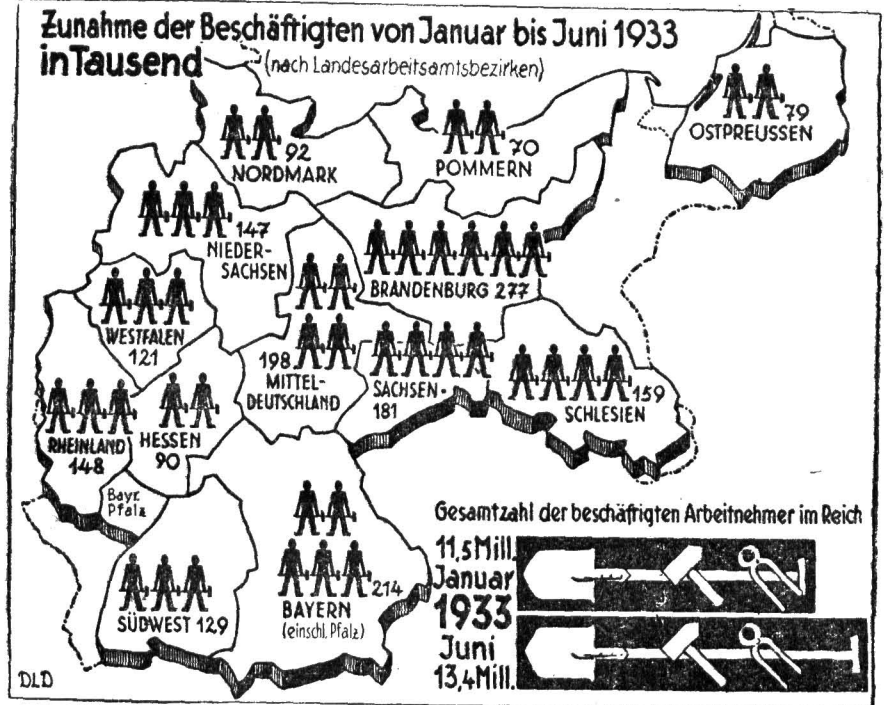
Die Aufgliederung der Arbeitsmarktstatistik zeigt, daß die Entlastung seit dem winterlichen Höchststand nicht nur in landwirtschaftlichen Gebieten, sondern auch in den Bezirken mit überwiegender Industrie stark und weit über das saisonübliche Ausmaß hinaus fortgeschritten ist. Im einzelnen wurden Mitte Juli gegenüber dem winterlichen Höchststand gezählt in den Landesarbeitsbezirken Ostpreußen 72 000 Arbeitslose gegen 183 000 im Winter, Schlesien 362 000 gegen 488 000, Brandenburg 751 000 gegen 899 000, Pommern 85 000 gegen 143 000, Nordmark 340 000 gegen 387 000, Niedersachsen 269 000 gegen 359 000, Westfalen 387 000 gegen 485 000, Rheinland 661 000 gegen 744 000, Hessen 278 000 gegen 333 000, Mitteldeutschland 385 000 gegen 518 000, Sachsen 592 000 gegen 721 000, Bayern 394 000 gegen 522 000 und Südwestdeutschland 251 000 gegen 818 000. Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, daß die Beschäftigungszunahme noch erheblich stärker einzuschätzen ist, als aus der Abnahme der Unterstützungsempfänger hervorgeht, denn auch aus der Zahl der Nichtgemeldeten sind zahlreiche Arbeitsstellen besetzt worden.

Das Konjunkturinstitut zur Arbeitsbeschaffung

ssw. Nach Schätzungen des Konjunkturinstituts erhielten von den 2 Millionen Arbeitskräften, die in den letzten Monaten eingestellt werden konnten, allein dreihunderttausend Arbeit durch die unmittelbaren Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Reichs, der Reichsbahn und der Reichspost. Diese Zahl ist um so bemerkenswerter, als bisher erst ein verhältnismäßig kleiner Teil der bereitgestellten Mittel angewiesen ist und der größere Teil erst in den nächsten Monaten zur Ausschüttung gelangt. Auch die Arbeitsbeschaffung der sonstigen öffentlichen Stellen wie Länder, Provinzen und Gemeinden blieb unberücksichtigt, ebenso die indirekten Wirkungen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf den industriellen Auftragsbestand.

Sehr aufschlussreich sind auch die Bemühungen des Konjunkturinstituts, bei der Mehrbeschäftigung dieses Jahres den saisonmäßigen Faktor von dem konjunkturellen zu trennen. Nach dieser Berechnung kann, abgesehen von den 300 000 durch unmittelbare Arbeitsbeschaffung des Reichs Beschäftigten, die saisonbe-

dingte Mehrbeschäftigung auf 1—1,4 Millionen Menschen veranschlagt werden, so daß also 300 000 bis 700 000 ihre Beschäftigung dem konjunkturellen Auftrieb der Wirtschaft bzw. den indirekten Ankerbelungsmaßnahmen der Reichsregierung verdanken.



Neue Arbeit für zwei Millionen Volksgenossen

Aus dem großen Heer der Erwerbslosen sind zwei Millionen in die Betriebe zurückgekehrt. Die im Arbeitsdienst tätigen Jugendlichen sind in dieser Zahl nicht enthalten. Seit dem 30. Januar sind im Durchschnitt werktäglich 15 400 Arbeiter neu eingestellt worden. In allen Gauen Deutschlands wächst die Zahl der Beschäftigten; Ostpreußen ist nahezu frei von Erwerbslosen. In Stadt und Land wird der Kampf gegen die Erwerbslosig-

keit mit aller Kraft, größter Fähigkeit und unbeirrbarer Siegeswillen geführt. Selbst das Internationale Arbeitsamt in Genf hat im Juli statistisch festgestellt, daß Deutschland in der Bekämpfung der Erwerbslosigkeit und in der Zunahme der Beschäftigten einen gewaltigen Vorsprung erzielen konnte. Kein anderes Land hat ein derartig günstiges Ergebnis aufzuweisen, auch die Vereinigten Staaten, England und Frankreich nicht.

Aus dem Tabakgewerbe

Mosul-Berlin stellt Fabrikation ein

Die Zigarettenfabrik Mosul (Berlin) hat, mit Rücksicht auf die ungünstige Wirtschaftslage die Herstellung von Zigaretten eingestellt. Die vorhandenen Lagerbestände werden im Laufe der nächsten Zeit abgesetzt werden. Ob die Fabrikation wieder aufgenommen werden wird, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen, dürfte aber davon abhängen, wie sich die Wirtschaftslage in der nächsten Zeit entwickeln wird.

Danzigs Tabakeinfuhr

Ist im Jahre 1932 gegenüber den früheren Jahren sehr stark zurückgegangen. Die Einfuhr von Tabak nach Polen, soweit sie den Weg über die Danzig-polnische Seegrenze benutzte, erfolgte bis zum Jahre 1928 ausschließlich über den Danziger Hafen. Seitdem das polnische Tabakmonopol in Gdingen ein großes

Lagerhaus erbaut hat, geht die polnische Einfuhr des Tabaks über den Hafen von Gdingen, so daß dem Danziger Hafen nur noch ein Bruchteil seiner früheren Tabakeinfuhr verblieben ist. Die Einfuhr von Tabak verbrüg über Danzig 1928 6347 Tonnen, im Jahre 1932 nur noch 324 Tonnen, während über den Hafen von Gdingen 1931 5233 Tonnen und 1932 2914 Tonnen eingeführt wurden.

Eine neue Zigarettenfabrik

Wie wir erfahren, ist kürzlich in Schlesien eine neue Zigarettenfabrik gegründet worden. Es handelt sich hierbei um die Zigarettenfabrik Bruno Steiger in Breslau. Nähere Einzelheiten über die Gründung sind noch nicht bekannt. Jedenfalls kann man dem neuen Unternehmen nur Erfolg wünschen, da seine Gründung erneut die ungebrochene privatwirtschaftliche Initiative in der deutschen Tabakindustrie dokumentiert.

Besitzwechsel bei W. Landé (Dresden)

In Dresden wurde die mit einem Kapital von 1 Million Reichsmark ausgestattete Zigaretten- und Tabakfabrik G. m. b. H. gegründet, die die seit 1897 bestehende Zigarettenfabrik W. Landé mit sämtlichen Aktiven und Passiven übernommen hat. Die bisherigen Inhaber der Firma Landé, sowie der langjährige Leiter des Unternehmens, Direktor Neumann sind zurückgetreten. Die Leitung der neuen Firma liegt in den Händen des bekannten Tabakfachmanns Direktor H. Geißinger aus München. Bei der Firma werden zurzeit ca. 1000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt.

Original Nordhäuser Kautabak

Das Reichsgericht hatte die Frage zu entscheiden, ob eine Herkunfts-Bezeichnung, die aus Grenzorten stammenden Waren deckt, und zwar klagte der Verband der Kautabak-Industriellen e. V. in Nordhausen gegen den Kautabak-Fabrikanten B., der in Salza bei Nordhausen eine Kautabakfabrik besitzt. Er bezeichnete seine Ware als „Prima Nordhäuser Kautabak“ und unter anderem auch als „echter“ und „Original Nordhäuser Kautabak“. Die Klage bezweckte, den Fabrikanten zur Unterlassung obiger Bezeichnungen zu zwingen. In einer Widerklage begehrte der Beklagte die Feststellung, daß er befugt sei, sein Fabrikat als „Echter“ und „Original Nordhäuser Kautabak“ zu verkaufen.

Das Landgericht Nordhausen erkannte vollkommen zugunsten des Verbandes, indem es der Klage stattgab und die Widerklage abwies. Das Oberlandesgericht Naumburg wies Klage und Widerklage ab. Das Reichsgericht dagegen hat vollkommen zugunsten des Beklagten entschieden, indem es die Klage abgewiesen und der Widerklage stattgegeben hat. Das Reichsgericht stellt zunächst fest, daß „Nordhäuser Kautabak“ tatsächlich Herkunftsbezeichnung geblieben ist. Dann aber wird im Näheren ausgeführt, daß Salza zu dem Wirtschaftsgebiet von Nordhausen gehört, wie sich sowohl aus der geographischen Lage von Salza in unmittelbarer Nachbarschaft von Nordhausen als auch aus der engsten Verbundenheit beider Orte in wirtschaftlicher Hinsicht ergebe. So stößt Salza im Nordwesten an Nordhausen an; die Grenzstraße, die in unmittelbarer Nähe der Fabrik des Beklagten liegt, gehört auf der einen Seite zu Salza, auf der anderen zu Nordhausen; die Straßenbaukosten werden zum Teil von Nordhausen, zum Teil von Salza getragen; die Fabrik des Beklagten liegt nicht weiter vom Zentrum der Stadt entfernt, als zwei andere in Nordhausen liegende bekannte Kautabakfabriken; die Arbeitsregelungen sind die gleichen. Aus diesen und anderen Umständen wird gefolgert, daß die Tabakfabrikation in Salza wegen der Zugehörigkeit zum Nordhäuser Wirtschaftsgebiet Nordhäuser Tabakindustrie zu rechnen sei. Gegen diese Tatsachenwürdigung kann der Kläger auch nicht mit der vom Oberlandesgericht gehörten Behauptung ankämpfen, daß die Nordhäuser Fabriken ihre Einlageblätter

durch „traditionelle Gebundenheit“ mit einer Soße aus Tabaklauge und verschiedenen Ingredienzien behandeln, deren Zusammensetzung ein „Fabrikgeheimnis“ darstelle. Ist nun aber der Beklagte berechtigt, die richtige Herkunftsbezeichnung „Nordhäuser Kautabak“ zu benutzen, so können ihm auch nicht die Zusätze „echt“ oder „Original“ verwehrt werden. Diese Zusätze, die gewöhnlich dann verwendet werden, wenn die Ortsbezeichnung Gattungsbezeichnung geworden ist, die Waren aber wirklich aus dem Herkunftsort stammen, stellen bei der Herkunftsbezeichnung nur eine Unterstreichung dar. Sie sind hier um so mehr berechtigt, als Salza nichts weiter ist als eine Fortsetzung von Nordhausen. Es bildet seit Jahren in weitgehendstem Maße eine Einheit mit Nordhausen.

Martin Brinkmann A.-G. (Bremen) Anlagevermögen abgeschrieben

Die Gesellschaft, deren Aktienkapital von 8 Millionen Reichsmark sich im Familienbesitz befindet, genehmigte in der Generalversammlung den Abschluß für 1932. Grundstücke, Fabrikanlagen, Maschinen und Inventar stehen insgesamt nur mit dem Erinnerungswert von drei Reichsmark zu Buche. Das Anlagevermögen ist also vollständig abgeschrieben. Die Außenstände und liquiden Anlagen

Kalender der Deutschen Arbeit

In diesem Jahre wird der Kalender erstmalig im Dritten Reich herauskommen. Der Kalender soll in einer hohen Auflage erscheinen. Die bekanntesten Parteigenossen sind Mitarbeiter, außerdem ist der Kalender mit reichem Bilder Schmuck, den die SA. und der bekannte Pressephotograph Hoffmann geliefert hat, versehen. Die Wiedergabe erfolgt auf bestem Papier. Der Kalender enthält erstmalig ein würdiges Denkmal aller gefallenen Kämpfer für die Bewegung; ihre Namen sind im Kalendarium festgehalten. Das Kalendarium enthält außerdem wichtige geschichtliche Daten und Raum für Vormerkungen. Den farbigen Umschlag hat ein Künstler entworfen, er stellt das Symbol der Deutschen Arbeit dar. Das Werk, etwa 300 Seiten, hat bleibenden Wert. Alle Verbandsstellen werden ersucht, sofort die Werbung dafür aufzunehmen. Der Preis beträgt nur 50 Pf. Die Aufträge nimmt die Verlagsgesellschaft der Deutschen Arbeitsfront, Berlin SW 19, Inselstraße 6a entgegen, die auch die Aufträge ausführt. Der Kalender ist ab 1. Oktober 1933 greifbar, er sollte in keiner deutschen Familie fehlen. Der Reinertrag fließt in die Spende der nationalen Arbeit, damit er wieder Arbeit schafft.

Heil Hitler!

gez. W. Schumann,
Preuß. Staatsrat und Führer des
Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiter

Wir fordern alle Ortsgruppen auf,
die Bestellungen unverzüglich an die
oben angegebene Adresse aufzugeben.

betragen 11,57 Millionen Reichsmark, die Warenvorräte 14,65 Millionen Reichsmark, denen Gesamtkreditoren und noch nicht fällige Zoll- und Verbrauchsabgaben von 14,01 Millionen Reichsmark gegenüberstehen. Der Jahresgewinn von 0,29 Millionen Reichsmark mit einschließlich Vortrag von 0,14 Millionen Reichsmark mit zusammen 0,43 Millionen Reichsmark wird wieder vorgetragen.

Literarisches

„Deutsches Arbeitsrecht“. Die seitherigen wissenschaftlichen Organe des Arbeitsrechts, und zwar das bei Hef (Stuttgart) erschienene „Arbeitsrecht“, das bei Heymann (Berlin) erschienene „Arbeitsgericht“ und die bei Bensheimer (Mannheim) erschienene „Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht“ stellten am 1. Juli ihr Erscheinen ein. Ab Mitte August erscheint dann im Deutschen Druck- und Verlagshaus G. m. b. H., Mannheim, eine neue umfassende arbeitsrechtliche Zeitschrift unter dem Titel

„Deutsches Arbeitsrecht“

für die der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Pg. Dr. Robert Ley, und Herr Ministerialdirektor Dr. Werner Mansfeld (Reichsarbeitsministerium) als Herausgeber zeichnen werden. Ständige Mitarbeiter sind, neben vielen anderen, die bekannten Juristen und Arbeitsrechtler Anthes, Dersch, von der Goltz, Meißinger, Ripperden, Pracht und Syrup. Die Hauptschriftleitung besorgt Herr Senatspräsident und Universitätsprofessor Dr. Dersch, den Anhang „Aus der Praxis“ Herr Landgerichtsdirektor Dr. Pracht.

Das „Deutsche Arbeitsrecht“ wird als wissenschaftliches Organ den Zusammenhang mit allen Rechtsgebieten, insbesondere auch mit dem Wirtschaftsrecht, pflegen, es wird in leicht verständlicher Form arbeitsrechtliche Fragen auch dem einfachen Mann der Betriebszelle nahebringen und die großen neuen Gedanken der Arbeitsfront darlegen. Im nächsten Heft erscheinen demgemäß grundlegende Aufsätze von Ley, Mansfeld, Dersch und anderen hervorragenden Männern.

Die neue Zeitschrift erscheint am Ersten eines jeden Monats. Der Jahrgang kostet 16 RM. (früher 24 RM.). Alle Verbands-Bezirksleiter, sowie die größeren Ortsgruppen, die zumeist bisher schon eine der oben genannten Zeitschriften bezogen, werden nunmehr die Zeitschrift „Deutsches Arbeitsrecht“ beziehen und umgehend die Bestellung bei der Verlagsgesellschaft der Deutschen Arbeitsfront, Berlin SW 19, Inselstraße 6a, aufgeben.

Mitteilungen der Verbandsleitung

Am 19. August ist der 33. Wochenbeitrag fällig

Die Bezirksleitung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes für Südwestdeutschland hat ihren Sitz ab

11. August 1933 in Karlsruhe,
Schützenstraße 16 (Volkshaus).

Alle Schriftstücke, Anfragen usw., die die Bezirksleitung betreffen, sind künftig an obige Adresse zu richten.

Paul Balschweit.

Der stellvertretende Verbandsleiter.